

Gartenbauwirtschaft

DEUTSCHER ERWERBSGÄRTENBAU
BERLINER GÄRTNER-BORSE



Für die Kriegszeit vereinigt mit
TASPO Thalacker Allgemeine Samen-
und Pflanzen-Offerte

Amtl. Zeitung für den Gartenbau im Reichsnährstand u. Mitteilungsblatt der Hauptvereinigung der deutschen Gartenbauwirtschaft
Berlin, Donnerstag, 23. März 1944/61. Jahrg./Nr. 12
Postverlagsort Frankfurt/Oder - Ausgabe B
Erscheint wöchentlich. Bezugsgebühr, Ausgabe A monatlich RM. 1,-, Ausgabe B (nur für Mitglieder des Reichsnährstandes) vierteljährlich RM. 0,75 zuzüglich Postbestellgebühr

Richtlinien des Reichleistungsausschusses für das Anbaujahr 1944

Ein ernstes Wort an die Gemüseanbauer

Von Dr. N. Nicolaisen, Geschäftsführer des Reichleistungsausschusses für den Gemüse- und Obstbau

Das fünfte Kriegsjahr fordert von uns allen nicht nur verstärkten Einsatz der ganzen Arbeitskraft, sondern vor allen Dingen noch viel mehr Disziplin. Der vom Oberbefehlshaber und Reichsbauernführer Herbert Backe (m. d. F. d. G. b.) eingesetzte Reichleistungsausschuss für Gemüse- und Obstbau gibt für den Einsatz im Jahr 1944 folgende Richtlinien:

Die für das Jahr 1944 gestellte Forderung auf eine weitere Leistungssteigerung bezieht sich in erster Linie auf folgende Punkte:

1. Starke Förderung des Frühgemüsebaus,
2. Erweiterung des Dauergemüsebaus,
3. vergrößerte Vorratshaltung,
4. Beibehaltung des erforderlichen Anbaus von Konservengemüse für die einschlägige Industrie,
5. erhebliche Ausdehnung des Nachfruchtanbaus von Gemüse,
6. weitgehende Durchführung der Nachversorgung durch örtlichen Anbau,
7. restlose Ablieferung aller Erzeugnisse an die markttroffenen Stellen.

Zu 1. Hierfür sind alle Vorbereitungen getroffen, so daß mit einer erheblichen Erweiterung des Frühgemüsebaus gegenüber den Vorjahren gerechnet werden kann. Den Landesleistungsausschüssen sind in einem Rundschreiben nähere Anweisungen zu dieser Frage gegeben worden. Diese werden inzwischen an die Anbauer weitergeleitet sein.

Zu 2. und 3. Es hat sich herausgestellt, daß der Anbau von Dauergemüse noch nicht den erforderlichen Umfang erreicht hat. Es muß, wenn auch zuungunsten des Anbaus von Sommer- und Herbstgemüse, der Anbau von Dauergemüse wesentlich ausgedehnt werden. Die ausreichende Versorgung der Verbraucher mit Frischgemüse in den Winter- und Frühjahrsmonaten ist eine der größten Forderungen, die zu stellen ist, und das kann nur durch eine starke Ausdehnung des Dauergemüseanbaus erfolgen. Es ist dringend notwendig,

daß die gewonnenen Erzeugnisse ordnungsgemäß in Vorratshaltung genommen werden. Hierbei können im fünften Kriegsjahr nicht mehr die persönlichen Einstellungen der einzelnen Anbauer und des Handels maßgeblich sein, sondern hier muß uns das Große und Ganze vor Augen schweben.

Zu 4. Wenn auch in den letzten Jahren der Anbau von Erbsen, Bohnen und Gurken für die Erzeuger nicht den vollen Erfolg brachte und das wirtschaftliche Ergebnis sehr stark durch die Witterung und den Mangel an Arbeitskräften zu wünschen übrig ließ, so kann das auf keinen Fall Veranlassung dazu sein, daß der Anbau auf ein Maß zurückgeht, das uns die Herstellung der für die Versorgung erforderlichen Konserven in Frage stellt. Dazu kommt, daß besonders Erbsen und Bohnen als Stickstoff-sammler für jede Kulturpflege die besten Vorräte sind und daß der Gurkenbau das Land in dem denkbar besten Kulturzustand hinterläßt.

Zu 5. Die Flächen, die für den erforderlichen Gemüsebau als die Hauptfrucht fehlen werden, müssen nach Aberntung früher Hauptfrucht, wie Frühgemüse, Raps, Futtergemüse, Wintergerste und besonders Frühkartoffeln zur Verfügung gestellt werden. Die in allen Teilen des Reiches mit solchem Nachfruchtanbau erzielten Erfolge berechtigen zu dessen weitgehender Ausdehnung. Es kommt darauf an, daß richtige Arten, besonders aber richtige Sorten für den Anbau gewählt werden. Zu einem Teil, z. B. von Kohlrabi, Rettich, roten Rüben, Kohlrüben u. a., können die Erzeugnisse als Dauergemüse Verwendung finden. Solche, die hierfür nicht geeignet sind, ersetzen die aus dem Hauptanbau herausgenommenen Sommer- und Herbstgemüse, so daß also auch hierfür kein Mangel zu befürchten ist.

Zu 6. Aus kriegsbedingten Gründen ist es naheliegend, daß das Bestreben des Gemüsebaus dahingehen muß, daß

die Ware, die zu einem Teil einen längeren Transport nicht gut verträgt, nicht unnötig weite Wege vom Erzeuger zum Verbraucher zurücklegen braucht. Zu gewissen Zeiten könnten lange Transporte zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten führen. Die Nachversorgung aus örtlichem oder geblühtem Anbau muß deshalb ein weiteres Ziel unserer Bestrebungen sein. Diesem Bestreben sind in vielen Gebieten unüberwindbare Grenzen gesetzt, die vor allen Dingen in den vorhandenen Boden- und Klimaverhältnissen zu suchen sind. Einen Anbau dort zu erzwingen, wo es nicht geht, bedeutet nicht nur eine Vergeudung an Saatgut und Arbeitskraft, sondern vor allen Dingen auch eine solche am deutschen Boden, der, mit zureichender Pflanzenart, gute Erträge bringen könnte. Es muß deshalb diese Aufgabe, wenn auch mit Eifer, so doch mit Vorsicht in Angriff genommen werden.

Zu 7. Dieser ist der schwierigste der genannten Punkte. Hier sind nämlich nicht Witterung und Boden für den Erfolg der gestellten Forderung maßgeblich, sondern die Disziplin und die Haltung des einzelnen. Der Erzeuger-Verbraucher-Direktverkehr mit Gemüse und Obst würde in keiner Weise zu beanstanden sein, wenn er in tragbaren und dem früheren Ausmaß entsprechenden Grenzen bliebe. Dieser Rahmen ist aber in den letzten Jahren nicht eingehalten worden. Und das hat in vielen Fällen zu erheblichen Versorgungsschwierigkeiten geführt. Nun sind wir aber fest davon überzeugt, daß der einzelne Anbauer sich der Tragweite seines Handelns nicht bewußt gewesen ist. Deshalb soll gerade in diesem Zusammenhang die klare Forderung herausgestellt werden: Die dem deutschen Boden abgerungenen Erzeugnisse gehören dem Volksganzen. Sie müssen deshalb zwecks Verteilung den markttroffenen Stellen zur Verfügung gestellt werden.

Kein Glied darf sich aus unserer Schicksalskette lösen Keine Schlagbäume

In der Beilage „Die großdeutsche Volkswirtschaft“ bringt die „National-Zeitung“ vom 28. 1. 1944 den nachfolgend im Wortlaut veröffentlichten Aufsatz, den wir wegen seiner grundsätzlichen marktpolitischen Bedeutung der Beachtung unserer Leser empfehlen. Schriftleitung

In der Ernährungswirtschaft entsteht dadurch ein besonderes Problem, daß der Verbrauch sich weit gleichmäßiger über das Land verteilt als die an Gunst des Klimas und der Bodenart gebundene Erzeugung. Würde man hier nicht für das notwendige Gefälle sorgen und einen übergeordneten Ausgleich ins Auge fassen, so müßten sich inselhaft abgegrenzte Ueberschußbezirke auf der einen, unterversorgte Bezirke auf der anderen Seite herausbilden. Sie durch ein engmaschiges, fein gegliedertes Kanalisationssystem miteinander zu verbinden, ist die jeder Marktordnung gestellte Aufgabe.

Gegen die im ersten Weltkrieg aufgelegene Ernährungswirtschaft hat man mit Recht den Vorwurf erhoben,

daß damals der notwendige Marktgleichgewicht nur höchst unzulänglich gearbeitet hat. Es gab teure Oasen, es gab aber auch dürre Sandwüsten der Ernährungswirtschaft, und es hing sehr vom Geschick des jeweiligen Oberpräsidenten, Landrats oder Oberbürgermeisters ab, wie in seinem Bereich die Versorgung aussah. Kennzeichnend für das Wirtschaftssystem, das 1914 vom Ausbruch des Krieges überrascht wurde, war ja der gänzliche Mangel an Totalität des politischen und wirtschaftlichen Denkens. Je höher die allgemeine Versorgungsnot stieg, desto drister entfaltete sich ein partikularistisches Eigenleben, dem es nur um die Befriedigung örtlicher Sonderwünsche ging. Die Schlagbäume, die man im Gefilde der Politik mit der Reichsgründung niedergelegt hatte, in der Kriegsernährungswirtschaft wurden sie von neuem errichtet — Barrieren des Eigenwillens gegen alle Wirtschaftsvernunft und gegen jeden Gemeingeist.

Für eine derartige Krähwinkel ist in der heutigen Ernährungswirtschaft natürlich kein Platz vorhanden. Gerade weil die Erzeugung in den einzelnen Teilen des Reichsgebietes unmöglich einheitlich sein kann, muß die Verteilung zentral gesteuert werden. Wirkt doch nichts demoralisierender auf die Verbrauchermoral, als wenn kartellmäßig verbriefte Versorgungsansprüche nicht verwirklicht werden können, weil die notwendigen Lebensmittel nicht rechtzeitig oder nicht in ausreichender Menge an den Orten des Bedarfs eintreffen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um restlos bewirtschaftete Haupterzeugnisse wie Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Milch und dergleichen, sondern auch um jene Produkte, die sich ihrer Natur nach für eine Vollbewirtschaftung nicht eignen, aber gleichwohl zu den lebenswichtigen Mangelwaren gehören: Gemüse, Obst, Fische usw. Das alles muß in den vorgesehenen Quantitäten und zu den festgesetzten Terminen von den Lieferbezirken in die Bedarfsgebiete geschafft werden. Der planmäßigen Gesamtversorgung zu widerlaufende Wünsche können dabei

keinerlei Berücksichtigung finden, weil Vorteile, die eine Stelle für sich herauszulegen würde, stets zu Lasten anderer gehen müßten. Bei der Marktorganisation muß aber das gemeinsame Reichsinteresse eindeutig und vorbehaltlos vorangestellt werden. Daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, ist gerade hier oberste, verpflichtende Parole.

Man braucht ja nur einmal an die Kehrseite der Dinge zu denken, um sofort zu begreifen, daß hier kein schwaches Nachgeben in Frage kommt. Würde man in der Ernährungswirtschaft Schranken zwischen den einzelnen Reichsteilen aufrichten und den geordneten Warenfluß zwischen Ueberschußbezirken und Versorgungsgebieten verhindern, wer gibt die Garantie, daß (weil böse Beispiele gute Sitten gar leicht verderben!) ein derartiges Vorgehen nicht in anderen Zweigen der Wirtschaft ähnliche Gelüste ins Leben rufen könnte? Was aber würde unsere Landwirtschaft dazu sagen, wenn eines Tages die Industrie etwa auf den Gedanken verfallen sollte, die Versorgung der Bauernhöfe mit Betriebsmitteln gleichfalls nach Belieben und Willkür zu steuern? Praktisch wird es weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu derartigen Vorstößen kommen, denn unsere Staatsführung würde notfalls mit aller gebotenen Energie dazwischenfahren und die Eigenbrötler eines Besseren belehren. Gleichwohl erscheint es nicht ganz nutzlos, daß man sich einmal die Auswirkungen solcher Experimente vergegenwärtigt, sei es auch nur, um sich gegen die Gefahr einer Ansteckung von vornherein immun zu machen.

Selbstverständlich kann mit einer zentralen Steuerung der Ernährungswirtschaft eine vernünftige Transportlenkung der Lebensmittel durchaus Hand in Hand gehen. Verkehrsplanung ist ein Kernstück der landwirtschaftlichen Marktordnung, ebenso wichtig wie Normung und Typenentwässerung im Bereich der Industrie. Die meisten der heute geltenden Verkehrsregelungen sind von den zuständigen Hauptvereinigungen kraft ihres Marktordnungsrechts durchgesetzt worden, und in der Gesamtbilanz ergibt sich eine wesentliche Erspar-

nis an Transportaufwand, für die eine gewisse „Entfeinerung“ verwöhnter Gaumen und Kehlen wahrlich kein zu hoher Preis ist. Für fast alle wichtigen Lebensmittel, so für Kartoffeln, Brot einschließlich Brotgetreide und Mehl, Fleischwaren, Milch und Butter, Zucker, Marmelade, Obst, Gemüse, Essig, Senf und Bier, gibt es heute zugelassene Höchstentfernungen. Sie dürfen nur mit besonderer Erlaubnis überschritten werden, wobei im allgemeinen 10 Kilometer (beim Brotversand 50 Kilometer) als äußerste „Grenzentfernung“ gelten. Jeder Bedarfsbezirk bleibt im Rahmen seines Versorgungskontingents an ein bestimmtes Ueberschuß- und Einzugsgebiet angeschlossen.

Unter keinen Umständen darf der Hommschuh, den man dem unnötigen Spazierenfahren der Waren anlegte,

mit Schlagbäumen verwechselt werden, die man in die Ernährungswirtschaft hineinbaut, um sich hinter autarkischen Mauern, unbekümmert um das Schicksal der Volksgesamtheit, ein geborgenes und nahrhaftes „Glück im Winkel“ zu sichern. Nicht zuletzt erfordert der Luftkrieg eine elastische Versorgungsbasis, die es jederzeit ermöglicht, auch einem durch Umgruppierung erheblicher Bevölkerungsteile auftretenden Stoffbedarf Rechnung zu tragen. Wir leben alle in einem Reich und kämpfen alle den gleichen Schicksalskampf. Da kann sich niemand im Schatten des eigenen Kirchturms verkriechen, und kein Glied darf sich aus der gemeinsamen Schicksalskette herauslösen. Im einheitlichen und einigen Verband durchströmt noch das letzte Glied der gewaltige Kraftstrom der großen Volksgemeinschaft.

Nur die Meisterprüfung erschließt Aufstiegsmöglichkeiten Gärtnergehilfin ist kein Berufsziel!

Diese Mahnung der kürzlich verstorbenen Reichsbeirätin für das Gartenbauliche Frauenwesen, Frau Juse Dieckmann, sollten alle Gärtnerinnen beherzigen. Zwar ist es verständlich, daß manche Gärtnerin eine gewisse Angst vor der Meisterprüfung hat, weil sie glaubt, mit den männlichen Berufskameraden dabei nicht konkurrieren zu können. Hat ja doch der Arbeitskreis einer Gärtnerin im wesentlichen ein ganz anderes Gesicht, da der größte Teil der Gärtnerinnen in dem heute unter dem Begriff „Hauswirtschaftlicher Gartenbau“ zusammengefaßten Zweige des Berufsstandes tätig ist. Deshalb ist man auf Grund der Bestimmungen der im November 1942 erlassenen „Grundregel des Reichsnährstandes für die Ausbildung in den weiblichen praktischen Berufen des Gartenbaus“ dazu übergegangen, besondere Gärtnermeisterinnenprüfungen im Hauswirtschaftlichen Gartenbau durchzuführen. Die erste derartige Prüfung fand bereits im September vorigen Jahres statt und ergab allerlei wertvolle Erfahrungen. Deshalb soll hier kurz darüber berichtet werden, zumal auch die Tatsache an sich, daß solche Prüfungen überhaupt stattfinden, unter den Berufsameradinnen noch viel zu wenig bekannt ist.

Die Prüfung zerfällt in zwei Teile, und zwar in einen praktischen und einen theoretischen, der mündliche und schriftliche Aufgaben umfaßt. Nachdem eine Betriebsführung stattgefunden hatte, wurden die praktischen Aufgaben bereits am Abend schriftlich ausgegeben und den Prüflingen freigestellt, am anderen Morgen schon vor dem Frühstück die entsprechenden Vorbereitungen zu treffen. Die Auf-

gaben waren so gestellt, daß bei Annahme einer neunstündigen Arbeitszeit sechs Stunden für die Gartenarbeit und drei Stunden für die Hausarbeit zu verwenden waren. Bei den Gartenarbeiten handelte es sich um je eine größere Hauptarbeit, eine Vermeerungsarbeit und eine Blumenschmuckaufgabe, während sich die häuslichen Arbeiten auf je eine Kochaufgabe bezogen, durch die die Tageskost für den Prüfungsausschuss und die Prüflinge beschafft wurde. Zusätzlich erhielt jeder Prüfling noch eine Hausarbeit und eine Nachaufgabe zugeteilt. Da die Prüflinge wenig Möglichkeiten gehabt hatten, sich infolge starker Beanspruchung in ihren Betrieben ausreichend auf die Prüfung vorzubereiten, sie außerdem natürlich noch nicht die in der „Grundregel“ vorgeschriebene Ausbildung nachweisen konnten, mußte selbstverständlich ein besonderer Maßstab bei der Bewertung angesetzt werden. Ein Vorbereitungsgang für diese Prüfung würde ihr Ergebnis zweifellos verbessert haben.

Trotzdem war die Freude der Prüflinge an der Prüfung augenscheinlich. Sie waren alle davon überzeugt, daß der eingeschlagene Weg, der Gärtnerin als Arbeitsgebiet vornehmlich den hauswirtschaftlichen Gartenbau zuzuweisen, richtig ist. Da im Laufe dieses Sommers wiederum eine solche Prüfung abgehalten werden wird, sei allen Berufskameradinnen, die dafür in Frage kommen, nahegelegt, sich dazu rechtzeitig bei ihrer Landesbauernschaft zu melden; denn nur die Meisterinnenprüfung erschließt Aufstiegsmöglichkeiten im Gärtnerinnenberuf. J. Genthe

OHNE SCHEUKLAPPEN

Oft wurde die Frage erörtert, warum wir den Weltkrieg verloren haben. Dazu bestand und besteht um so mehr Veranlassung, als nach 1918 unsere Feinde selbst bekannten, sie seien damals selbst am Ende gewesen, wir seien ihnen mit dem Zusammenbruch bloß ganz kurz zuvorgekommen. Die innere Zersetzung der Heimat, der Hunger und vieles andere waren sehr ausschlaggebend; der Kern aber lag tiefer: Wir waren keine Volksgemeinschaft, verschworen im entscheidenden Schicksalskampf, wir lebten aneinander vorbei. Wir hatten kein gemeinsames Ziel, wir kannten nicht einmal unseren gemeinsamen Feind. Heute haben wir die Scheuklappen abgetan. Wir finden, daß sie uns behindern, wenn wir den Helm fester binden. Es steht nicht mehr Landvolk gegen Stadtvolk, Bauer gegen Fabrikarbeiter, Werktätiger gegen geistig Schaffenden oder Gärtner gegen Verteiler und Verbraucher.

Wir haben gemeinsam erkannt, daß die westliche Plutokratie die veraltete Schwester des Bolschewismus ist und daß beide gemeinsam die schärfste, gemeinste, aber auch letzte Waffe des Judentums im Kampf gegen unser Leben sind. Da dürfen wir nicht mehr verschiedene Ziele haben, ob auch der eine am Schreibtisch, der zweite am Pflug, der dritte im Gewächshaus, der vierte in dröhnender Fabrikhalle und nicht der letzte mit der Knarre in der Hand draußen in Not und Tod der Front steht. Wir Gärtner lassen uns nicht einfach bloß sagen, daß wir mehr Gemüse und zumal Frühgemüse anbauen sollen, sondern wir wissen auch, warum, und daß selbst das Pflanzholz eine gegen den gemeinsamen Feind gerichtete Waffe von ganz bestimmter Wichtigkeit ist.

Wir lasen kürzlich, daß in den USA. ganze große Acker mit Gemüse umgepflügt wurden, bloß weil den Börsen- und Handelsjuden die Verdienste sonst zu gering gewesen wären, obwohl dadurch Tausenden von (nicht-jüdischen) USA.-Amerikanern das nötige Gemüse rücksichtslos entzogen wird und Tausende von Gärtner-Arbeitstagen wertlos gemacht und vertan wurden. Wir wissen auch die Landvolkreundlichkeit der angeblich „Bauern und Arbeiter“ kämpfenden Bolschewisten richtig einzuschätzen. Sie hetzen einmal die Kleinbauern gegen die großen „Kulaken“, dann die Landarbeiter gegen die Kleinbauern und endlich die einzelnen Landvolk-Gruppen gegeneinander, um dann einen nach dem anderen abzuwürgen und alle gemeinsam in die Kolchosknechtschaft oder in den Tod zu treiben; wieviele der dort hingemordeten Millionen Landleute Gärtner gewesen sind, meldet kein Buch, keine Statistik.

Wir wissen genau, daß das bolschewistische Herrschaftssystem die radikale Verneinung aller deutschen, wie überhaupt aller völkischen Lebenswerte bedeutet; daß die manchmal herausgeschrieenen Kleinbauern, Landarbeiter- oder Gärtnerfreundlichkeit der Sowjets genau so Zweck und bewußte Tarnung ist, wie jetzt ihre Scheindemokratisierung, mit der sie in gewissen neutralen Ländern Eindruck schinden können, bei uns aber nicht. Wir kennen die Entscheidung, um die es heute geht. Deshalb tut jeder an seinem Platz das Menschenmögliche und läßt sich von kriegsbedingten Schwierigkeiten nicht ablenken. Nicht nur im Gartenbau, sondern auch im heutigen Weltkrieg gilt: Was in diesen Wochen versäumt wird, ist nie wieder aufzuholen.